

Fraktion DIE LINKE. im
Sächsischen Landtag
#sogehsolidarisch Mitte Juni
2021

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag



Skandalfabrik: Standort des Landesamtes für Verfassungsschutz in Dresden

Foto: Gunnar Richter Namenlos.net / Wikimedia Commons / CC BY-SA 3.0

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Europameisterschaft ist gestartet – Siegchancen zu beurteilen überlasse ich in dieser Hinsicht kompetenteren Zeitgenossinnen und -genossen. Man muss allerdings kein Fan sein, um den neusten Vorstoß des entlassungsreifen Innenministers Roland Wöllner mit Fragezeichen zu versehen: Er wolle sich bei der Innenministerkonferenz für personalisierte Tickets einsetzen. Hintergrund ist die ekelhafte Randale beim Dynamo-Spiel gegen Türkgücü München in Dresden. Die fand allerdings vor dem Stadion statt und wäre mit diesem Instrument sicher nicht zu verhindern gewesen. Wieder wird ein Generalverdacht ausgesprochen und Sicherheit suggeriert, die so nicht entstehen kann.

Um Sicherheit geht es auch bei vielen weiteren Themen, die heute eine Rolle spielen. Stichworte: Verfassungsschutz, Rente, Impfungen. Viel Spaß beim Lesen – und beim Fußball gucken!

Herzliche Grüße,

Inhaltsverzeichnis

1. Daten-Sammelwut beim Verfassungsschutz: Stellt Auskunftersuchen!
2. Die Staatsregierung darf nicht noch einen Sommer vertrödeln
3. Noch später in Rente als jetzt? Nein!
4. Impfung für Heranwachsende – eine Einzelfallentscheidung
5. Energie- und Klimaprogramm endlich erneuert – Zielerreichung unklar
6. Tausende Menschen weiter ohne Gesundheitsversorgung
7. Kinderrechte gehören ins Grundgesetz!
8. Straßen, Wege und Plätze vor der Privatisierung schützen – die Koalition muss liefern!
9. Leipziger Waffenverbotszone sofort abschaffen
10. Termine
11. Auch das gibt's

Daten-Sammelwut beim Verfassungsschutz: Stellt Auskunftersuchen!



Die Daten-Sammelaffäre beim sächsischen „Verfassungsschutz“ betrifft offenbar nicht nur Landtagsabgeordnete, sondern auch Privatpersonen. In der Behörde muss endlich aufgeräumt werden, um den Schaden zu begrenzen. Der entlassungsreife Innenminister Roland Wöllner muss zum Beispiel dafür sorgen, dass weder das Landesamt noch die sächsische Polizei den von

CDU/CSU und SPD beschlossenen Staatstrojaner nutzen. Außerdem muss Wöllner als oberster Dienstherr konkret klarstellen, welche Daten die Polizei und die

Versammlungsbehörden unaufgefordert an den Inlandsgeheimdienst weitergeben dürfen. Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger dazu auf, ein Auskunftersuchen an das Landesamt zu richten - wenn dort falsche Informationen erfasst sind, kann das eines Tages einschneidende Folgen haben. Dafür lässt sich das [Formular](#) verwenden, das auch unsere Abgeordneten genutzt haben. Allen, die Fragen zu oder Probleme mit dieser Thematik haben, bieten wir unsere Hilfe an: no-geheimdienst@linksfraktion-sachsen.de.

Die Staatsregierung darf nicht noch einen Sommer vertrödeln



Mit der neuen Corona-Schutzverordnung sind neue Lockerungen zum Sommerbeginn möglich. Allerdings: Das Virus bleibt, es mutiert und ist gefährlich vor allem für jene Menschen, die sich noch nicht impfen lassen konnten oder dies nicht wollen. Die Staatsregierung darf diesen Sommer nicht vertrödeln, [sondern sie muss vorsorgen](#) und auch die wohl unvermeidbaren

Auffrischungsimpfungen vorbereiten. Vor allem muss sie gegenüber dem Bund lauter werden, damit endlich mehr Impfstoff verlässlich in Sachsen ankommt.

Noch später in Rente als jetzt? Nein!



Der Wissenschaftsbeirat der Bundesregierung empfiehlt, dass Renten-Eintrittsalter auf 68 Jahre hochzusetzen. Das lehnen wir strikt ab, zumal schon heute viele Menschen sterben, [bevor sie überhaupt ins Rentenalter kommen](#).

Die gesetzliche Rentenversicherung könnte alle absichern, [wenn endlich alle](#)

Beitragsbemessungsgrenze entlastet werden.

Impfung für Heranwachsende – eine Einzelfallentscheidung



Dirk Vorderstraße / flickr.com / CC BY 2.0

Pünktlich zum Kindertag hat Ministerpräsident Kretschmer angekündigt, dass sich ab sofort auch Kinder ab 14 Jahren in einem sächsischen Impfzentrum impfen lassen können. Das DRK, das die Impfzentren betreibt, [wusste interessanterweise nichts davon](#). So wurden wieder Erwartungen enttäuscht und Eltern verunsichert. Für sie wäre ein persönliches Beratungsgespräch beim Kinderarzt hilfreich, denn über die

Impfung von Kindern muss im Einzelfall entschieden werden. Ein Angebot muss es aber geben. [Für Rico Gebhardt ist die Sache klar](#).

Energie- und Klimaprogramm endlich erneuert – Zielerreichung unklar



Das Energie- und Klimaprogramm bildet den strategischen Rahmen für die sächsische Energie- und Klimapolitik. Die jüngste Version stammte von 2012 – endlich wurde sie ersetzt, nach langem Koalitionszoff, viel zu spät und auch noch am Landtag vorbei. Es passt zu diesem stillen Umgang mit dem Parlament, dass die Staatsregierung das Dokument bei einer Pressekonferenz vorgestellt hat, ohne

es zu veröffentlichen – [weil es noch ‚gestaltet‘ werden müsse](#). Klar ist dennoch, dass das beste Programm nichts bringt, wenn unklar bleibt, wie die Klimaziele in den Sektoren Energie, Industrie, Mobilität, Gebäude, Wasser, Boden, Wald, Landwirtschaft, Biodiversität, Tourismus, Konsum und Gesundheit erreicht werden sollen. [Wir sind skeptisch, ob sich diese Koalition auf konkrete Maßnahmen einigen kann.](#)

Tausende Menschen weiter ohne Gesundheitsversorgung



Wer keine [Krankenversicherung](#), keinen festen Wohnsitz oder keinen geregelten Aufenthaltsstatus hat, ist faktisch

vom [Gesundheitswesen](#) ausgeschlossen. Wir haben im [Landtag Hilfe für diese Menschen gefordert](#), sind aber [bei](#) der Kenia-Koalition [auf taube Ohren gestoßen](#). Anlauf- und Clearingstellen könnten dafür sorgen, dass die etwa 17.000 Betroffenen in [Sachsen](#) den Weg zum Gesundheitssystem finden. Wir fordern anonymisierte Behandlungsscheine und eine flächendeckende soziale Beratung. Wer hier lebt, muss Zugang zum Gesundheitswesen haben! Auch illegalisierte Menschen könnten dann Hilfe bekommen, ohne Repression fürchten zu müssen – das fordert auch die [Kampagne „Gleichbehandeln“](#) der Gesellschaft für Freiheitsrechte gemeinsam mit Ärzte der Welt.

Kinderrechte gehören ins Grundgesetz!

Die Verhandlungen zur Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz sind gescheitert. Kurz nachdem noch zum Internationalen Kindertag zahlreiche politische Bekenntnisse verlautbart wurden, wie wichtig Kinder und ihre Rechte seien – [auch von Sachsens Kulturministerin Barbara Klepsch](#) –, wurde sogar der unzureichende Vorschlag der Koalitionsfraktionen im Bundestag kassiert. Wann immer die Linksfraktion [im Landtag gefordert hat](#), dass die Staatsregierung sich in Berlin für die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz streiten



möge, hat uns die Koalition erklärt: Das ist nicht nötig, das kommt ohnehin.

Eben nicht! Jetzt muss mehr Druck aus den Ländern her.

Straßen, Wege und Plätze vor der Privatisierung schützen – die Koalition muss liefern!



Alle Wege und Flächen in Sachsen, die von den Kommunen nicht bis Ende 2022 ins öffentliche Bestandsverzeichnis eingetragen sind, verlieren ihren nach derzeitigem Stand ihren öffentlichen Status. Dann droht die Privatisierung. Mögliche Folgen sind weggepflügte Wanderwege, umzäunte Badeseen oder das ‚Privat‘-Schild auf Reit- und Radwegen. Das darf nicht passieren – wir hatten per

Gesetzentwurf gefordert, die Frist zu streichen oder sie wenigstens zu verlängern. Allerdings hat die Koalition dies im Wirtschaftsausschuss abgelehnt. Nun müssen die Regierungsfractionen selbst dafür sorgen, dass öffentliches Eigentum erhalten bleibt. Schon jetzt werden Fälle bekannt, bei denen Fördermittel für die Sanierung von Wanderwegen nicht bewilligt werden, weil die Wege nicht öffentlich gewidmet sind.

Leipziger Waffenverbotszone sofort abschaffen

Inzwischen wurde die Evaluation der Waffenverbotszone rund um die Leipziger Eisenbahnstraße öffentlich vorgestellt. Im Februar 2021 hatte sich der Stadtrat sich für die



Don-kun / Wikimedia Commons / CC BY-SA 3.0

Abschaffung der Waffenverbotszone ausgesprochen, im März 2021 hat das Oberverwaltungsgericht Bautzen [jenen Teil der Verordnung gekippt](#), der das Mitführen gefährlicher Gegenstände wie Reizgas oder Messer verboten hatte. Die Ergebnisse zeigen: Die Zone hat offenbar keinen relevanten Einfluss auf das Kriminalitätsaufkommen, vor allem aber keinen positiven Einfluss auf das Sicherheitsempfinden der dort lebenden und arbeitenden Menschen. Sie muss sofort weg. [Stattdessen gehört soziale](#)

[Prävention in den Vordergrund.](#)

Termine



Unsere Sommertour „Ist das gerecht?“ geht weiter – die nächsten Stationen gibt es [hier](#), Impressionen zum Beispiel [hier](#). Außerdem befassen wir uns am 30. Juni mit dem Thema Clubsterben – bei einer [Diskussionsveranstaltung in Dresden](#), die auch ins Netz übertragen wird.

Auch das gibt's

„Wenn er die Vorgänge tatsächlich so schwerwiegend findet, wie er nun von sich gibt, so sollte er schwerwiegende Konsequenzen fordern. Und das kann nur eines sein: die Entlassung des politisch verantwortlichen Innenministers Roland Wöllner (CDU).“ Das schrieb die Morgenpost nach der Empörungswelle angesichts [der Speicherung von Abgeordnetendaten durch das „Landesamt für Verfassungsschutz“](#), die auch Martin Dulig



betrifft. Das Blatt hat recht. Wie sieht's aus, Herr Vize-Ministerpräsident? Schweigen im Walde.

Impressum

Die Linke Fraktion im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Telefon: 0351 4935800
Fax: 0351 4935460
linksfraktion@slt.sachsen.de

Folgen Sie uns auf Facebook
Folgen Sie uns auf X
Folgen Sie uns auf Instagram
Folgen Sie uns auf Youtube
Folgen Sie uns auf Flickr

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, können Sie sich hier austragen:
[Newsletter abbestellen](#)